



395 Bericht von Johannes Geyer, Peter Haan und Julie Tréguier

Höheres Haushaltseinkommen geht bei Frauen und Männern mit höherer Lebenserwartung einher

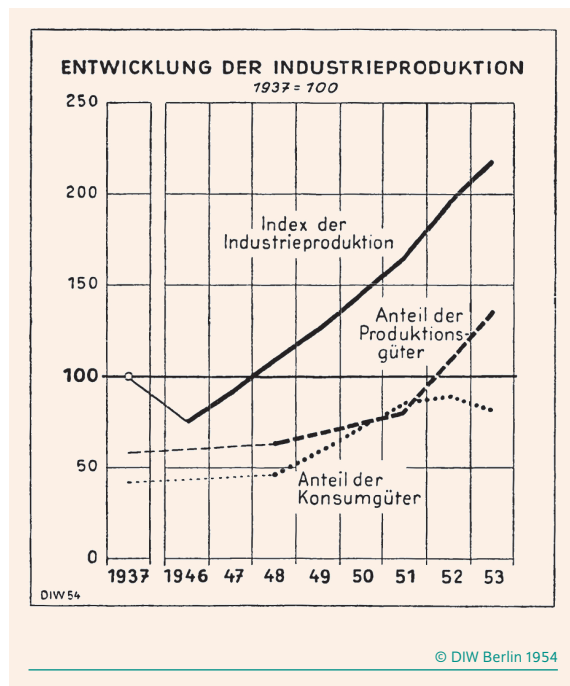
- Menschen mit höheren Einkommen haben ein geringeres Sterberisiko
- Bei Frauen zeigt sich Zusammenhang nur beim Haushaltseinkommen
- Bei Männern sinkt Sterberisiko auch mit höheren individuellen Einkommen

401 Interview mit Johannes Geyer

404 Kommentar von Marcel Fratzscher

Strafzölle auf Elektroautos aus China: Gefährlicher Kompromiss

Die Wirtschaft der Tschechoslowakei am Ende des Fünfjahresplanes



Die Tschechoslowakei meldet als Ergebnis des Fünfjahresplanes große Fortschritte im weiteren Ausbau der Schwerindustrie, die sich aber vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus als wesentliche Nachteile erweisen, da sie das Ungleichgewicht der Volkswirtschaft vergrößert und auf entscheidenden Gebieten die Abhängigkeit vom Ausland erhöht haben¹.

Die Aufgabe des Fünfjahresplanes, die in einer grundlegenden Strukturveränderung der tschechoslowakischen Wirtschaft und ihrer Orientierung nach Osten bestand, wird als erfüllt betrachtet. Das Entwicklungstempo der industriellen Umstellung wurde seit der Korea-Krise beschleunigt. Die Steigerung der Industrieproduktion, die im Plan für 1953 gegenüber 1948 ursprünglich auf 57 vH festgesetzt worden war, wurde 1950 auf 98 vH erhöht. Auf der Basis 1948 = 100 hat sich die Industrieproduktion bis 1953 nach amtlichen Angaben bei einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 15 vH auf 116, 137, 156, 185 und 202 erhöht, d. h. sie hat sich verdoppelt. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen ist jedoch sehr unterschiedlich gewesen.

Aus dem Wochenbericht Nr. 25 vom 18. Juni 1954

¹ Vgl. auch B. Kiesewetter: „Die Wirtschaft der Tschechoslowakei seit 1945“. Sonderheft Nr. 30 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin 1954.

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

91. Jahrgang 19. Juni 2024

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.;
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Johannes König

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

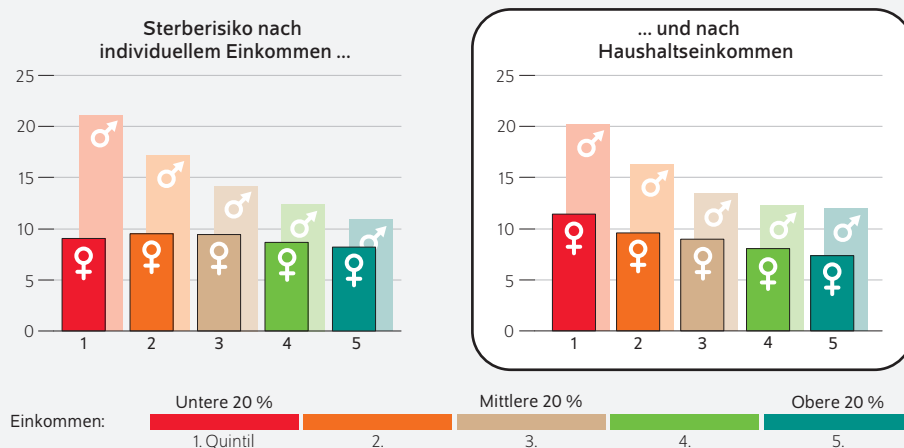
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Höheres Haushaltseinkommen geht bei Frauen und Männern mit höherer Lebenserwartung einher

Von Johannes Geyer, Peter Haan und Julie Tréguier

- Analyse aktueller Daten bestätigt, dass höhere Einkommen mit höherer Lebenserwartung und besserer psychischer und physischer Gesundheit einhergehen
- Anders als bei Männern hängt bei Frauen individuelles Einkommen aber nicht mit Lebenserwartung zusammen
- Da Frauen oft geringere individuelle Einkommen haben, aber nicht zwangsläufig auch ihr Haushaltseinkommen niedrig ist, berücksichtigt Studie auch dieses
- Menschen mit höheren Haushaltseinkommen haben ein geringeres Sterberisiko und eine bessere Gesundheit; dies gilt für Männer wie für Frauen
- Geringe Rentenansparungen aufzuwerten, widerspricht Äquivalenzprinzip der Rentenversicherung daher nicht

Anders als bei Männern hängt das Sterberisiko von Frauen nicht mit dem individuellen Einkommen zusammen, aber mit dem Haushaltseinkommen (Risiko, im Alter zwischen 55 und 76 Jahren zu sterben, in Prozent)



Quelle: SOEPv38, 1984–2021.

Der Lebensstandard beeinflusst das Sterberisiko. Als Maß dafür eignet sich bei Frauen eher das Haushaltseinkommen. Denn sie haben im Durchschnitt geringere Einkommen, können aber häufig auf die Ressourcen des Partners zurückgreifen.



© DIW Berlin 2024

ZITAT

„Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung führt dazu, dass Menschen mit niedrigen Einkommen von ihrem Einkommen relativ viel in die Rente einzahlen, aber wenig rausbekommen. Bei den Reichen ist es umgekehrt. Wir haben bei der Rente sozusagen eine Umverteilung von unten nach oben.“

— Johannes Geyer —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Johannes Geyer
www.diw.de/mediathek

Höheres Haushaltseinkommen geht bei Frauen und Männern mit höherer Lebenserwartung einher

Von Johannes Geyer, Peter Haan und Julie Tréguier

ABSTRACT

Besser gebildete Menschen oder Menschen mit höherem Einkommen haben eine bessere Gesundheit und eine höhere Lebenserwartung. In diesem Wochenbericht werden anhand aktueller Daten frühere Studien zu diesem Thema aktualisiert und gezeigt, dass dieser Zusammenhang unter Männern besonders stark ausgeprägt ist. Da Frauen aufgrund von Sorgearbeit häufiger ihre Karriere unterbrechen oder in Teilzeit arbeiten, gibt es kein klares Muster zwischen ihrem individuellen Einkommen und ihrer Lebenserwartung. Dieser Wochenbericht berücksichtigt daher das Haushaltseinkommen. Er zeigt: Menschen mit höheren Haushaltseinkommen haben ein geringeres Sterberisiko im Alter von 55 und 76 Jahren. Dies gilt für Männer wie für Frauen. Auch das Risiko für eine psychische oder physische Erkrankung ist deutlich geringer, wenn das Haushaltseinkommen hoch ist. Wenn Menschen mit niedrigen Renten, diese kürzere Zeit beziehen, weil sie systematisch früher sterben, widerspricht dies dem Äquivalenzprinzip der Rentenversicherung. Es legt zudem eher mehr als weniger Umverteilung in der Rente nahe. Argumente gegen eine Aufwertung geringer Rentenansprüche gelten nur, wenn eine durchschnittliche Lebenserwartung angenommen wird, was hier empirisch widerlegt wird. Auch eine Reform bei der Kranken- und Pflegeversicherung könnte gesundheitsbezogene Einkommensungleichheit adressieren.

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland steigt seit Jahrzehnten kontinuierlich an. Zwar hat sich ihr Anstieg seit Beginn der 2000er Jahre etwas verlangsamt, trotzdem nimmt sie jährlich um etwa 0,1 Jahre zu. Am aktuellen Rand hat die Corona-Pandemie zu einem leichten Rückgang geführt, in der Zukunft wird aber mit einem weiteren Anstieg gerechnet. Die Lebenserwartung bei Geburt liegt aktuell, basierend auf der Sterbetafel 2020/22, bei 83,2 Jahren für Frauen und bei 78,3 Jahren für Männer.¹

Diese Berechnungen gelten allerdings nur für den Durchschnitt der Bevölkerung und werden in der Regel nur nach Geschlecht, Region und Alter differenziert berichtet. Verschiedene Studien haben aber gezeigt, dass erhebliche Unterschiede in der Lebenserwartung zwischen sozioökonomischen Gruppen existieren und sich auch der Anstieg der Lebenserwartung zwischen diesen Gruppen deutlich unterscheidet. Neben den Unterschieden bei Männern und Frauen zeigen sich beispielsweise große Unterschiede nach Einkommen und Bildung. In der Tendenz gehen jeweils höhere Bildung und höheres Einkommen mit einer höheren Lebenserwartung einher und die Zunahme der Lebenserwartung fiel für besser Gebildete und Besserverdienende höher aus.²

In diesem Wochenbericht wird die Analyse der Unterschiede in der Lebenserwartung anhand neuer Daten aktualisiert und auch die Bedeutung des Haushaltseinkommens berücksichtigt. Neben Unterschieden nach Bildung und individuellem Einkommen werden die Unterschiede in der Sterbewahrscheinlichkeit entlang des Haushaltseinkommens aufgezeigt. Das Haushaltseinkommen wird als Einkommensmaß genutzt, weil es ein guter Indikator des Lebensstandards,

¹ Statistisches Bundesamt (2023): Durchschnittliche Lebenserwartung (Periodensterbetafel) (online verfügbar, abgerufen am 29.05.2024. Das gilt auch für alle anderen Onlinequellen, sofern nicht anders vermerkt).

² Peter Haan, Daniel Kemptner und Holger Lüthen (2019): Besserverdienende profitieren in der Rentenversicherung zunehmend von höherer Lebenserwartung. DIW Wochenbericht Nr. 23, 391–399 (online verfügbar); Mathias Huebener und Jan Marcus (2019): Menschen mit niedriger gebildeter Mutter haben geringere Lebenserwartung. DIW Wochenbericht Nr. 12, 197–204 (online verfügbar); Tom Günther und Mathias Huebener (2018): Bildung und Lebenserwartung: Empirische Befunde für Deutschland und Europa. DIW Roundup: Politik im Fokus (online verfügbar); Martin Kroh et al. (2012): Menschen mit hohem Einkommen leben länger. DIW Wochenbericht Nr. 38, 3–15. Thomas Lampert et al. (2018): Soziale Ungleichheit und Gesundheit im höheren Lebensalter. Journal of Health Monitoring, 3 (S1), 1–26 (online verfügbar).

Kasten

Daten und Methode

Diese Studie basiert auf Daten des SOEP für die Jahre 1984 bis 2021. Die Stichprobe wurde auf die Altersgruppe 55 bis 76 Jahre beschränkt. Ein lineares Wahrscheinlichkeitsmodell wurde verwendet, um die Sterbewahrscheinlichkeit zu schätzen.¹ Der Bildungsindikator wurde mithilfe der ISCED-2011-Klassifikationsvariable gebildet und wie folgt definiert: geringe Bildung bezieht sich auf Personen in der Schule, mit Primarbildung und mit unterer Sekundarbildung; mittlere Bildung bezieht sich auf Personen mit höherer Sekundarbildung und postsekundärer, nicht-tertiärer Bildung; und hohe Bildung bezieht sich auf Personen mit tertiärer Bildung, Bachelor-, Master- und Doktorabschluss oder äquivalentem Niveau. Das individuelle Einkommen bezieht sich auf das Bruttoerwerbseinkommen im Vorjahr der Umfrage. Das Haushaltseinkommen beinhaltet alle relevanten Einkommensquellen und Steuern sowie das Transfereinkommen. Das verfügbare Haushaltseinkommen wurde anhand der modifizierten OECD-Äquivalenzskala gewichtet. Bei allen Statistiken wurden Gewichtungsfaktoren berücksichtigt.

Die Gesundheitsindikatoren zur physischen (PCS) und mentalen Gesundheit (MCS) stammen aus dem Kurzfragebogen SF-12 (Short Form Health Survey), der im SOEP seit dem Jahr 2002 alle zwei Jahre erhoben wird. Die Skalen sind normiert, das bedeutet, dass die durchschnittlich gesunde Person in der Stichprobe 50 Punkte erreicht, 100 ist der beste Wert, niedrige Werte entsprechend schlechter. Eine Standardabweichung ist auf zehn Punkte normiert.²

¹ Die Sterbewahrscheinlichkeiten liegen in den Daten des SOEP etwas unter denen, die vom Statistischen Bundesamt berichtet werden.

² Hanfried H. Andersen et al. (2007): Computation of Standard Values for Physical and Mental Health Scale Scores Using the SOEP Version of SF12v2. Schmollers Jahrbuch : Journal of Applied Social Science Studies/Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 127 (1), 171–182 (online verfügbar).

also der Konsummöglichkeiten der Haushaltsmitglieder, ist.³ Die Analyse basiert auf Daten des am DIW Berlin erhobenen Haushaltssurveys Sozio-oekonomisches Panel (SOEP).⁴ Betrachtet werden Personen im Alter zwischen 55

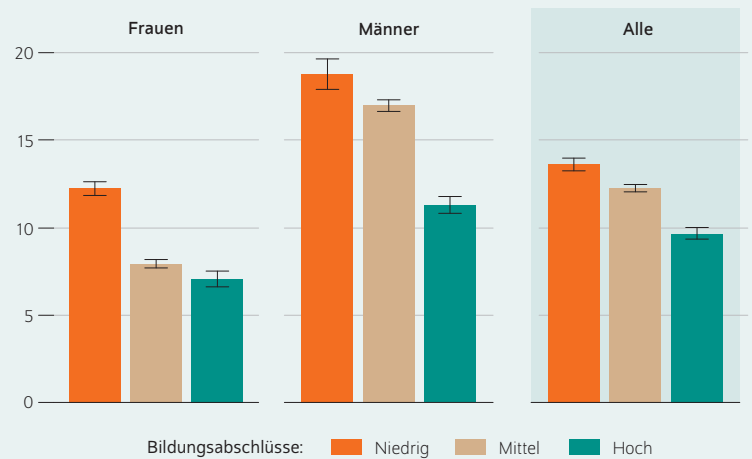
³ Andere Studien verwenden das individuelle Erwerbseinkommen, was aber, gerade für Menschen in Mehrpersonenhaushalten, ein weniger geeignetes Maß ist. Insbesondere bei älteren Menschen ist zudem das individuelle Vermögen eine wichtige Ressource, um den Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Leider liegen Vermögensdaten erst seit jüngerer Zeit und nur für wenige Zeitpunkte vor, so dass dieser Aspekt in der Untersuchung nicht berücksichtigt wird. Eine weitere Frage betrifft die Eignung des laufenden Einkommens als Proxyvariable für das Lebenseinkommen. Da nur Personen ab 55 Jahren betrachtet werden, ist das laufende Einkommen ein hinreichend verlässlicher Indikator der dauerhaften Einkommensposition. Siehe dazu auch Martin Nybom und Jan Stuhler (2016): Heterogeneous Income Profiles and Lifecycle Bias in Intergenerational Mobility Estimation. The Journal of Human Resources 51 (1), 239–268 (online verfügbar).

⁴ Das SOEP ist eine seit 1984 durchgeführte repräsentative Befragung von Haushalten und Individuen in Deutschland. Mehr Informationen zur Befragung finden sich in Jan Goebel et al. (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP). Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 239 (2), 345–360 (online verfügbar).

Abbildung 1

Sterberaten nach Geschlecht und Bildung

In Prozent, Bevölkerung im Alter zwischen 55 und 76 Jahren



Quelle: SOEPv38, 1984–2021.

© DIW Berlin 2024

Zwischen Bildung und Sterberisiko besteht ein deutlicher Zusammenhang, sowohl für die gesamte Bevölkerung als auch getrennt für Frauen und Männer.

und 76 Jahren, da die Sterbewahrscheinlichkeit ab diesen Altersgruppen deutlich zunimmt (Kasten).⁵

Besser gebildete Menschen leben länger, Unterschied bei Männern stärker als bei Frauen

Zwischen Bildung und der Sterbewahrscheinlichkeit besteht ein deutlicher Zusammenhang, sowohl für die gesamte Bevölkerung als auch getrennt für Frauen und Männer (Abbildung 1). Die Wahrscheinlichkeit, zwischen 55 und 76 Jahren zu sterben, liegt für Menschen mit niedriger Bildung bei etwa vierzehn Prozent. Für Menschen mit hoher Bildung ist die Wahrscheinlichkeit mit etwa neun Prozent deutlich geringer. Das Bild unterscheidet sich deutlich zwischen Frauen und Männern: Die Sterbewahrscheinlichkeit ist bei Frauen für alle Bildungsgruppen geringer als bei Männern. Gleichzeitig ist der Zusammenhang zwischen Bildung bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen. Der Unterschied zwischen Männern mit niedriger und hoher Bildung beträgt etwa sieben Prozentpunkte. Bei Frauen liegt die Differenz bei etwa fünf Prozentpunkten und ist vor allem zwischen Frauen mit niedriger und mittlerer Bildung groß.

Nur bei Männern geht höheres individuelles Einkommen mit niedrigerem Sterberisiko einher

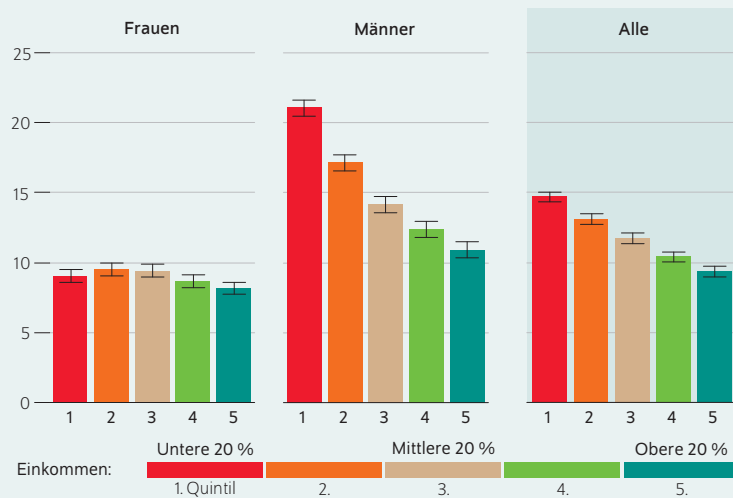
Betrachtet man Männer und Frauen gemeinsam, zeigt sich zunächst ein klarer Zusammenhang zwischen Einkommen und Sterberisiko: Ein höheres individuelles Einkommen

⁵ Der Wochenbericht ist Teil des Forschungsprojektes PENSINEQ, das über die Joint Project Initiative „JPI: More Years Better Lives“ (JPI-MYBL) gefördert wird.

Abbildung 2

Sterberaten nach Geschlecht und individuellem Einkommen

In Prozent, Bevölkerung im Alter zwischen 55 und 76 Jahren



Quelle: SOEPv38, 1984–2021.

© DIW Berlin 2024

Ein höheres individuelles Einkommen geht bei Männern mit einem niedrigeren Sterberisiko einher, nicht jedoch bei Frauen.

geht mit einer niedrigeren Sterbewahrscheinlichkeit einher (Abbildung 2). Allerdings bestehen deutliche Unterschiede, wenn man zwischen Männern und Frauen unterscheidet: Bei Frauen lässt sich kaum ein Unterschied nach der Höhe des individuellen Einkommens erkennen. Für alle Einkommensgruppen liegt die Wahrscheinlichkeit, im Alter zwischen 55 und 76 Jahren zu sterben, bei etwa neun Prozent. Bei Männern hingegen variiert die Sterbewahrscheinlichkeit deutlich mit dem Einkommen: Männer mit niedrigen Einkommen haben mit etwa 21 Prozent ein doppelt so hohes Risiko wie Männer mit den höchsten Einkommen (elf Prozent). Der wesentliche Grund für den Unterschied zwischen Männern und Frauen: Frauen mit Kindern unterbrechen unabhängig vom Bildungsstatut häufiger und länger ihre Karriere. Ferner arbeiten sie im Durchschnitt weniger Stunden, in der Regel wegen der Sorgearbeit für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige, und haben dadurch ein geringeres Einkommen.⁶ Sofern sie in Paarhaushalten leben, können sie jedoch in Zeiten, in denen sie nicht oder weniger arbeiten, auf die Ressourcen der anderen Haushaltsmitglieder zugreifen. Daher beschreibt das individuelle Einkommen den Lebensstandard von Frauen, der für ihre Lebenserwartung entscheidend ist, nur unzureichend.⁷

Mit höherem Haushaltseinkommen sinkt das Sterberisiko für Frauen und Männer

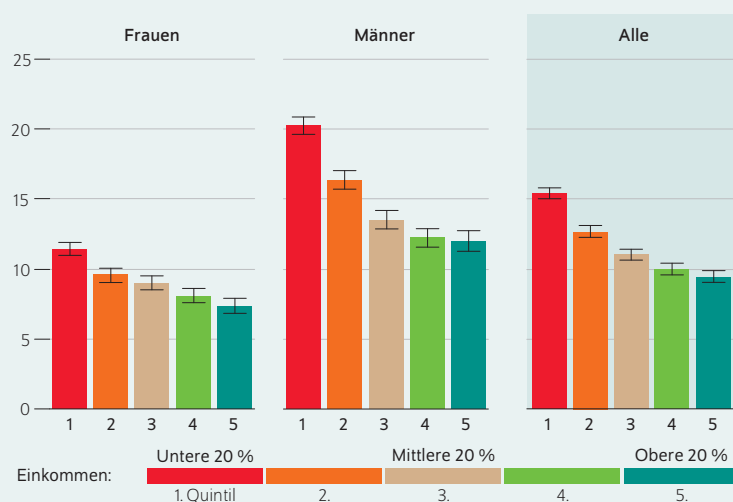
Da Frauen häufiger ihre Karriere unterbrechen, öfter in Teilzeit arbeiten und durchschnittlich weniger verdienen als Männer, haben Frauen ein niedrigeres individuelles Markteinkommen als Männer und sind häufiger auf das ergänzende Einkommen des Partners angewiesen als umgekehrt. Um die finanzielle Situation der Haushaltsmitglieder vollständig abzubilden, muss daher das Haushaltseinkommen betrachtet werden. Es berücksichtigt neben den eigenen Einkommen die weiteren Einkommen der Haushaltsmitglieder, sonstige Einkommen aus Vermögen und Verpachtung sowie Steuern und Transfers.⁸

Für Frauen hängt das Haushaltseinkommen deutlich stärker mit der Sterbewahrscheinlichkeit zusammen als das individuelle Einkommen (Abbildung 3). Die Sterbewahrscheinlichkeit für Frauen mit den höchsten Haushaltseinkommen ist etwa vier Prozentpunkte geringer als für Frauen mit den geringsten Haushaltseinkommen. Bei Männern ist der Unterschied zwischen der Gruppe mit den höchsten und den niedrigsten Haushaltseinkommen immer noch stärker als bei Frauen, aber weniger ausgeprägt als bei den eigenen Einkommen. Entsprechend ist auch unabhängig vom

Abbildung 3

Sterberaten nach Geschlecht und verfügbarem Haushaltseinkommen

In Prozent, Bevölkerung im Alter zwischen 55 und 76 Jahren



Quelle: SOEPv38, 1984–2021.

© DIW Berlin 2024

Anders als beim individuellen Einkommen geht für Frauen ein höheres Haushaltseinkommen mit einem geringeren Sterberisiko einher.

⁶ Die Erwerbsunterbrechungen gehen zwar im Zeitrend zurück oder werden kürzer, die Quote der teilzeitbeschäftigten Frauen allerdings nicht. Siehe dazu auch Katharina Wrohlich (2024): Erwerbsbeteiligung von Frauen: Ursachen des hohen Teilzeitanteils und politische Handlungsoptionen. Aus Politik und Zeitgeschichte 74, 22 (online verfügbar).

⁷ Siehe hierzu auch Nicole Brumm und Matthias Römer (2019): Gibt es einen Zusammenhang von Entgeltpunkten und Lebenserwartung? Anmerkungen zur differentiellen Sterblichkeit. RVaktuell Nr. 3, 72–79 (online verfügbar).

⁸ Das Haushaltseinkommen wird mit der modifizierten OECD-Skala gewichtet, um Unterschiede in der Haushaltsgröße und Alterszusammensetzung zu berücksichtigen. Siehe dazu auch das DIW-Glossar zum Äquivalenzeinkommen (online verfügbar).

Geschlecht die Sterbewahrscheinlichkeit für Menschen mit geringen Haushaltseinkommen höher als für Menschen mit hohen Haushaltseinkommen.

Höheres Haushaltseinkommen geht auch mit besserer Gesundheit einher

Es gibt unterschiedliche Gründe, warum das Sterberisiko mit steigenden Haushaltseinkommen zurückgeht. Menschen mit höheren Einkommen haben in der Regel Berufe mit geringerer psychischer und physischer Belastung, können sich eher einen gesunden Lebensstil leisten und haben oft aufgrund von besserer Bildung und höherem Einkommen Zugang zu mehr und besserer medizinischer Vorsorge und Betreuung.⁹ Alle diese Faktoren hängen eng miteinander zusammen und sind empirisch nur schwer zu trennen. Betrachtet man die psychische und physische Gesundheit der hier untersuchten Altersgruppe, so zeigt sich der erwartete Zusammenhang mit dem individuellen Einkommen (Abbildung 4) und dem Haushaltseinkommen (Abbildung 5) deutlich. Das gilt sowohl für Frauen als auch für Männer und wenn man beide Gruppen gemeinsam betrachtet. Allerdings gibt es auch Unterschiede: Männer haben tendenziell eine bessere physische und psychische Gesundheit als Frauen.

Fazit: Unterschiedliche Lebenserwartungen unterlaufen Äquivalenzprinzip

Das Sterberisiko in Deutschland unterscheidet sich deutlich nach Einkommen und Bildung. Der Zusammenhang ist besonders stark bei Männern, ist jedoch auch bei Frauen zu beobachten, wenn das Haushaltseinkommen betrachtet wird. Es wird deutlich, dass Einkommen nur eine Dimension von sozialer Ungleichheit erfasst. Weitere Ungleichheiten bestehen in der Lebenserwartung und der psychischen und physischen Gesundheit.

Die Ungleichheit in der Sterbewahrscheinlichkeit, die mit dem Einkommen deutlich korreliert, hat einige Implikationen für das umlagefinanzierte deutsche Rentensystem. Grundsätzlich gilt das Äquivalenzprinzip: Vereinfacht ausgedrückt besagt dieses Prinzip, dass die erwarteten Rentenleistungen in einem proportionalen Verhältnis zu den gezahlten Beiträgen stehen sollen. Versicherte, die mehr und länger einzahlen, bekommen auch eine höhere Rente. Die Unterschiede in der Lebenserwartung gehen mit Verteilungswirkungen im Rentensystem einher. Die Rentenversicherung sichert das Risiko eines langen Lebens ohne Einkommen ab. Menschen für die der Versicherungsfall eintritt, erhalten also mehr Leistungen aus dem System als Menschen, die früh versterben. Deswegen wird im Prinzip in der Rentenversicherung immer zwischen Menschen mit hohem und niedrigem Sterbealter umverteilt. Das ist kein Fehler, sondern genau der Sinn einer Versicherung gegen das Langlebkeitsrisiko. Problematisch ist, dass die Lebenserwartung so stark mit dem Einkommen – auf dem die Rente wesentlich basiert – zusammenhängt. Im Durchschnitt beziehen

⁹ Siehe dazu Günther und Huebener (2018), a. a. O.

Abbildung 4

Mentale und physische Gesundheit nach Geschlecht und individuellem Einkommen

In Punkten, Bevölkerung im Alter zwischen 55 und 76 Jahren



Anmerkung: Die mentale und physische Gesundheit wurden anhand der SF-12-Skala berechnet. Die Skalen sind normiert: Eine durchschnittlich gesunde Person in der Stichprobe erreicht 50 Punkte, 100 ist der beste Wert.

Quelle: SOEPv38, 1984–2021.

© DIW Berlin 2024

Ein höheres individuelles Einkommen geht mit einer besseren mentalen und physischen Gesundheit einher.

Menschen mit hohen Erwerbseinkommen länger Rente als Menschen mit geringen Erwerbseinkommen. Dadurch wird im Rentensystem von Versicherten mit geringen Einkommen zu Versicherten mit hohen Einkommen umverteilt. Dieser Zusammenhang ist bei Männern besonders stark, da die Unterschiede in den Erwerbseinkommen höher sind und Einkommen stark mit Bildung zusammenhängen. Auch bei Frauen gibt es diesen Zusammenhang. Dieser erfolgt jedoch nicht über ihre eigenen Rentenansprüche, da heutige Rentnerinnen unabhängig von ihrer Bildung oft ihre Erwerbskarriere, in der Regel für Kindererziehung, unterbrochen haben und auf die Einkommen ihrer Partner und damit auf das Haushaltseinkommen angewiesen sind. Frauen mit

Abbildung 5

Mentale und physische Gesundheit nach Geschlecht und verfügbarem Haushaltseinkommen

In Punkten, Bevölkerung im Alter zwischen 55 und 76 Jahren



Anmerkung: Die mentale und physische Gesundheit wurden anhand der SF-12-Skala berechnet. Die Skalen sind normiert: Eine durchschnittlich gesunde Person in der Stichprobe erreicht 50 Punkte, 100 ist der beste Wert.

Quelle: SOEPv38, 1984–2021.

© DIW Berlin 2024

Ein höheres Haushaltseinkommen geht mit einer besseren Gesundheit einher, wobei die Unterschiede bei der physischen Gesundheit größer sind.

hohen Haushaltseinkommen haben aber in der Regel auch höhere Ansprüche an die Hinterbliebenenrente und profitieren darüber länger vom Rentensystem.

Auch in anderen Sozialversicherungszweigen wirken sich die Unterschiede in der Lebenserwartung und der Gesundheit aus. So führt das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung dazu, dass tendenziell Menschen mit hohen Einkommen und besserer Gesundheit privat versichert sind. Menschen mit niedrigen Einkommen sind eher gesetzlich abgesichert. Dadurch müssen die Beiträge in der gesetzlichen Versicherung höher liegen als etwa in einem Versicherungssystem, das die ganze Bevölkerung absichern würde.¹⁰

Aus diesen Ergebnissen lassen sich wichtige Schlussfolgerungen für künftige Rentenreformen ableiten. Die hier dokumentierten Unterschiede können sicher nicht direkt zur Konzeption einer Rentenreform dienen, die von der individuellen Lebenserwartung abhängt. Eine individuelle Risikoadjustierung nach dem Einkommen würde die Frage aufwerfen, welche weiteren individuellen Merkmale in die Berechnung einfließen sollten. Die Ergebnisse können aber dazu dienen die Diskussion über die Einhaltung des Äquivalenzprinzips besser zu fundieren. Denn häufig wird mit dem Äquivalenzprinzip gegen Umverteilungsmaßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung argumentiert. Bezieht man die hier vorgestellten Zusammenhänge zwischen Einkommen und Lebenserwartung ein, relativieren sich diese Einwände. Argumente gegen die Aufwertung geringer Rentenanwartschaften, um Altersarmut zu bekämpfen oder Lebensleistungen anzuerkennen, sind somit wenig überzeugend.

10 Zum Zusammenhang der sozialen Stellung und dem Pflegerisiko, siehe beispielhaft Johannes Geyer et al. (2021): Pflegebedürftigkeit hängt von der sozialen Stellung ab. DIW Wochenbericht Nr. 44, 727–734 (online verfügbar); und zu den Möglichkeiten einer Bürgerversicherung, siehe Heinz Rothgang, Franziska Heinze und Thomas Kalwitzki (2021): Zur Notwendigkeit einer Finanzreform der Pflegeversicherung jenseits der ‚kleinen Pflegereform‘ des GVWG. Gesundheits- und Sozialpolitik Nr. 4/5, 19–28 (online verfügbar). Siehe auch Heinz Rothgang und Dominik Domhoff (2021): Beitragssatzeffekte und Verteilungswirkungen der Einführung einer „Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung“: Gutachten im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE (online verfügbar).

Johannes Geyer ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat im DIW Berlin | jgeyer@diw.de

Peter Haan ist Leiter der Abteilung Staat im DIW Berlin und Professor für empirische Wirtschaftsforschung an der FU Berlin | phaan@diw.de

Julie Tréguier ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Staat im DIW Berlin | jtreguier@diw.de

JEL: I14, J38

Keywords: life expectancy, gender, income distribution

INTERVIEW



Johannes Geyer, stellvertretender Leiter der Abteilung
Staat im DIW Berlin

„Bei der Rente wird teilweise von unten nach oben umverteilt“

- 1. Herr Geyer, dass es in der Lebenserwartung Unterschiede zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen gibt, wurde bereits mehrfach gezeigt. Sie haben die Unterschiede in der Lebenserwartung neu analysiert. Welche neuen Daten haben Sie dazu verwendet?**

Wir haben genauer gesagt das Sterberisiko betrachtet und dazu aktuelle Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) mit einbezogen. Diese jüngeren Daten bestätigen im Prinzip die Ergebnisse früherer Studien.

- 2. Welche neuen Erkenntnisse bringt die Einbeziehung des Haushaltseinkommens?** Wir haben noch einmal gezeigt, dass das verfügbare Haushaltseinkommen eine besondere Bedeutung hat, insbesondere für Frauen. Das ist eine Besonderheit, denn bei Frauen ist der Zusammenhang zwischen Sterberisiko und Einkommen nicht so sehr am individuellen Einkommen festzumachen, sondern am Haushaltseinkommen. Bei Männern ist das anders. Sowohl das individuelle Einkommen als auch das Haushaltseinkommen zeigen, dass ein höheres Einkommen mit einer besseren Gesundheit und einer höheren Lebenserwartung einhergehen.

- 3. Warum ist das individuelle Einkommen bei Frauen kein guter Indikator für die Lebenserwartung?** Der Grund dafür liegt darin, dass das individuelle Einkommen abhängig ist von Entscheidungen im Lebensverlauf. Frauen unterbrechen häufig ihre Erwerbskarriere, arbeiten in Teilzeit und haben längere Ausfallzeiten. Das ist bei Männern anders. Deswegen hat das individuelle Einkommen für diese Personengruppe nur eine eingeschränkte Aussagekraft. Allerdings wohnen Frauen aus höheren sozioökonomischen Schichten tendenziell auch mit Männern zusammen, die ein höheres Einkommen haben und deswegen ist das Haushaltseinkommen für diese Gruppe besser dafür geeignet zu zeigen, dass dieser Lebensstandard mit einer höheren Lebenserwartung einhergeht.

- 4. Welche Bedeutung haben Ihre Ergebnisse für das deutsche Rentensystem, das ja für die Lebenserwartung einen Durchschnittswert zugrunde legt?**

Die Rente ist eine Versicherung gegen Langlebigkeit. Ich versichere mich damit eigentlich gegen eine Zeit, in der ich nicht mehr arbeiten kann, aber trotzdem auf Geld angewiesen bin. Jetzt ist es so, dass die Versicherung zwischen Menschen mit niedrigem und hohem Sterbealter umverteilt. Wenn ich früh sterbe, habe ich viel eingezahlt und kriege wenig raus. Wenn ich lange lebe, kriege ich mehr raus. Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung führt jetzt dazu, dass Menschen mit niedrigen Einkommen von ihrem Einkommen relativ viel in die Rente einzahlen, aber wenig rausbekommen. Bei den Reichen ist es umgekehrt. Das ist ein wichtiger Punkt, denn wenn die Lebenserwartung mit dem Einkommen korreliert, dann bedeutet das, dass wir hier eine Umverteilung haben, die am Einkommen ansetzt. Dann stellt sich natürlich die Frage, ob es gewünscht ist, dass wir bei der Rente sozusagen eine Umverteilung von unten nach oben haben.

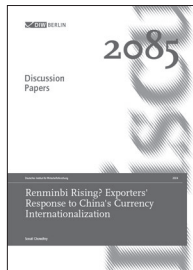
- 5. Haben Ihre Ergebnisse auch Bedeutung für andere Sozialversicherungszweige?** Wir wissen, dass Menschen mit niedrigem sozialen Status und niedrigem Einkommen, häufiger krank werden und häufiger Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung brauchen. Nun haben wir ein zweigeteiltes System und auf der einen Seite die gesetzliche und auf der anderen Seite die private Krankenversicherung. Genauso bei der Pflegeversicherung. Aber tendenziell sind Menschen mit höherem Einkommen eher in der privaten Krankenversicherung, und diese Menschen nehmen tendenziell weniger Gesundheitsleistungen in Anspruch. Die schlechten Risiken sammeln sich in der gesetzlichen Krankenversicherung und dadurch steigen dort natürlich die Beiträge. Dadurch fehlt hier sozusagen der solidarische Ausgleich.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

Discussion Papers Nr. 2085
2024 | Sonali Chowdhry



Renminbi Rising? Exporters' Response to China's Currency Internationalization

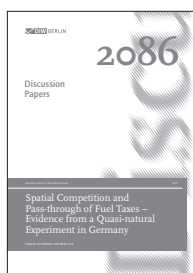
This paper investigates the heterogeneous responses of exporters to policy reforms undertaken by the People's Bank of China to internationalize the Renminbi (RMB). Using detailed customs data from France for the initial years of these reforms (2011–2017), it documents several novel stylized facts on RMB adoption, highlighting both the growth and extreme skewness in RMB's uptake across firms and varieties. It further examines various mechanisms underpinning self-selection into RMB and proposes a novel channel that strongly predicts RMB adoption. This channel exploits information on firms' invoicing currency

strategies in existing markets and is observed to be a valid instrument for RMB adoption. Leveraging this new instrument, the paper shows that invoicing in RMB significantly boosted exports for varieties sold to China. Overall, the findings suggest that early RMB adoption, although limited across firms, provided an important competitive edge when exporting to China.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2086
2024 | Frederik von Waldow, Heike Link



Spatial Competition and Pass-through of Fuel Taxes – Evidence from a Quasi-natural Experiment in Germany

This paper analyses the pass-through rates and their determinants of the temporary German fuel discount in 2022 at its start and its termination. Based on a unique dataset of fuel station characteristics and prices, we employ a Regression Discontinuity in Time (RDiT) methodology to estimate heterogeneous pass-through rates. Our main contribution is to identify the impact of horizontal and vertical market structures on the extent to which taxes are passed on to consumers. While competitive pressure is positively associated with the response of prices to tax changes, we estimate lower pass-through predominantly

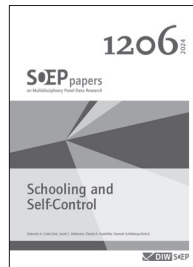
for more isolated stations with fewer competitors. Furthermore, our results indicate that independence from upstream markets is accompanied by a reduced pass-through of tax changes suggesting the existence of double marginalization.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1206

2024 | Deborah A. Cobb-Clark, Sarah C. Dahmann, Daniel A. Kamhöfer, Hannah Schildberg-Hörisch



Schooling and Self-Control

While there is an established positive relationship between self-control and education, the direction of causality remains a matter of debate. We make a contribution to resolving this issue by exploiting a series of Australian and German educational reforms that increased minimum education requirements as a source of exogenous variation in education levels. Instrumental variables estimates suggest that, for people affected by the reforms, an additional year of schooling has no effect on self-control.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1207

2024 | Ronald Bachmann, Myrielle Gonschor



Technological Progress, Occupational Structure, and Gender Gaps in the German Labour Market

We analyze if technological progress and the change in the occupational structure have improved women's position in the labour market. We show that women increasingly work in non-routine manual and in interactive occupations. However, the observed narrowing of the gender wage gap is entirely driven by declining gender wage gaps within, rather than between, occupations. A decomposition exercise reveals that while explained factors have become more important contributors to the gender wage gap, the importance of unexplained factors has strongly declined. Therefore, unequal treatment based on unobservables, i.e. discrimination, is likely to have declined over time. Finally, technological change as measured by job tasks plays an ambiguous role. Institutional factors, and in particular part-time employment, are still a major driver of the gender wage gap.

www.diw.de/publikationen/soeppapers





MARCEL FRATZSCHER

Strafzölle auf Elektroautos aus China: Gefährlicher Kompromiss

Marcel Fratzscher, Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Europäische Kommission hat Strafzölle auf Elektroautos bestimmter Hersteller aus China beschlossen. Diese strittige Entscheidung ist ein Kompromiss vor allem zwischen deutschen und französischen Interessen. Die Strafzölle sind notwendig, um die Prinzipien eines fairen Wettbewerbs in der Marktwirtschaft zu verteidigen und den europäischen Wirtschaftsstandort zu schützen. Allerdings könnte sich der Kompromiss als unzureichend und kontraproduktiv erweisen.

Kaum eine Frage der europäischen Handelspolitik der vergangenen Jahre war so umstritten wie die der Strafzölle auf aus China importierte E-Autos. Vor allem die Bundesregierung und deutsche Automobilhersteller haben sich vehement gegen solche Strafzölle ausgesprochen. Die Sorge ist groß, dass China Gegenmaßnahmen ergreifen könnte und deutsche Automobilhersteller sowie andere deutsche und europäische Unternehmen, die in China tätig sind, sanktioniert werden. Zudem gibt es Bedenken, dass auch E-Autos deutscher Hersteller, die in China produziert und von dort nach Europa exportiert werden, von den Strafzöllen betroffen sein könnten.

Auf der anderen Seite der Debatte stehen jene, die in den Sanktionen den Schutz marktwirtschaftlicher Prinzipien sehen. Die Belege massiver staatlicher Subventionen für chinesische Hersteller von E-Autos sind stichhaltig. Solche Subventionen nehmen verschiedene Formen an, von finanziellen Subventionen für die Produktionsprozesse bis hin zu extrem geringen Kosten für Energie, Rohstoffe und Infrastruktur.

Die Außenwirtschaftspolitik Deutschlands wurde viel zu lange vom Gedanken des Merkantilismus bestimmt, also der kurzfristigen Maximierung von Marktanteilen und wirtschaftlichen Erträgen, im Gegensatz zu langfristig und global fairem Wettbewerb. Das Abwandern der Solarindustrie nach China ist nur ein Beispiel. Europa und Deutschland müssen aufpassen, dass sie die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Diese haben dazu geführt, dass eine massive Asymmetrie entstanden ist, also eine einseitige Abhängigkeit von China. Und diese Abhängigkeit macht wirtschaftlich und politisch erpressbar.

Gerade jetzt, da deutsche Automobilkonzerne einen großen Aufholbedarf bei der E-Mobilität haben, wäre es schädlich für den Wirtschaftsstandort Europa und Deutschland, auf Strafzölle zu verzichten. Ja, kurzfristig würde ein Verzicht auf Strafzölle manche Vorteile haben: Deutsche Konsument*innen könnten günstigere E-Autos kaufen, was die Verkehrswende und den Umstieg auf klimaschonende Technologien beschleunigen würde. Und es würde die Sorge um Sanktionen gegen deutsche Unternehmen reduzieren. Aber langfristig könnte die Produktion und Entwicklung von E-Autos zunehmend nach China und anderswo in der Welt verlagert werden. Innovationsfähigkeit und gute Arbeitsplätze in Deutschland und Europa würden dann wohl verloren gehen. Deutsche Unternehmen müssen die Asymmetrie in ihrer Abhängigkeit zu China also dringend reduzieren.

Nun stellt sich die Frage, wieso die EU abgestufte Strafzölle zwischen 17 und 38 Prozent für bestimmte Hersteller aus China erhebt, wo sich die USA doch kürzlich erst für Zölle von 100 Prozent entschieden haben. Die Höhe scheint ein Kompromiss zwischen den widerstrebenden deutschen und französischen Interessen zu sein. Allerdings könnte sich dieser Kompromiss als unzureichend und gar kontraproduktiv erweisen. Denn die sehr viel höheren Strafzölle in den USA könnten dazu führen, dass chinesische Unternehmen sehr viel stärker auf den europäischen Markt drängen und der chinesische Staat die Subventionen für die eigenen Unternehmen weiter deutlich erhöht, damit diese in Europa Fuß fassen können.

Das Resultat könnte die schlechteste aller Welten sein: Chinesische E-Autos gewinnen trotz Strafzöllen Marktanteile in Europa und gleichzeitig erhebt die chinesische Regierung Sanktionen gegen europäische und allen voran deutsche Unternehmen. Viel klüger wäre eine enge Koordination der EU-Kommission mit den US-Behörden, sodass sich nicht beide Volkswirtschaften in einen Überbietungswettbewerb von Sanktionen und Subventionen begeben.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 13. Juni 2024 bei WirtschaftsWoche Online erschienen.